

Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote, Claudia Stamm, Renate Ackermann, Thomas Gehring, Maria Scharfenberg, Theresa Schopper** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

UN-Behindertenrechtskonvention umsetzen – Mehrfachdiskriminierung von Frauen und Mädchen mit Behinderung beenden

Einrichtung regionaler Fachberatungsstellen zur Prävention und Intervention bei sexualisierter Gewalt gegen Menschen mit Behinderung (III)

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, zur flächendeckenden Versorgung Bayerns mit Präventions- und Interventionsangeboten gegen sexualisierte Gewalt gegen Menschen mit Behinderung als Modellprojekt mehrere regionale Fachberatungsstellen einzurichten. Die Fachberatungsstellen werden möglichst bei erfahrenen freien Trägern von Angeboten der Prävention und Intervention gegen sexualisierte Gewalt angesiedelt. Sie bieten den betroffenen Menschen mit Behinderung sowohl Beratungs- als auch Therapieangebote an. Für Bezugspersonen und persönliche Assistenzen, für Fachkräfte und Einrichtungen der Behindertenhilfe bieten sie spezielle Beratungs- und Qualifizierungsangebote an. Für Schulen, Kindertagesstätten und Einrichtungen der Behindertenhilfe werden aufsuchende Präventions- und Interventionsangebote gemacht.

Begründung:

Vor allem Frauen und Mädchen mit Behinderungen sind teilweise zwei- bis dreimal häufiger von sexualisierter Gewalt betroffen, wie Frauen und Mädchen ohne Behinderung. Dies ist das erschreckende Ergebnis der Studie „Lebenssituationen und Belastungen von Frauen mit Beeinträchtigungen und Behinderungen in Deutschland“, die das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im letzten Jahr veröffentlicht hat. Die Studie verdeutlicht, dass vor allem Frauen mit Behinderungen bislang unzureichend vor körperlicher, sexueller und psychischer Gewalt geschützt sind. Auch in Bayern fehlen entsprechende niedrigschwellige und barrierefreie Schutz- und Unterstützungsangebote für Menschen mit Behinderungen.

Die Staatsregierung fördert deshalb regionale Modellprojekte zur Prävention und Intervention gegen sexualisierte Gewalt gegen Menschen mit Behinderungen. Mittelfristiges Ziel ist die Schaffung einer flächendeckenden Präventions- und Interventionsinfrastruktur für Menschen mit Behinderungen in Bayern. Hierzu sollten zunächst zwei Modellprojekte für Südbayern (Oberbayern, Schwaben und Niederbayern) und Nordbayern (Oberfranken, Mittelfranken, Unterfranken und Oberpfalz) eingerichtet werden. Die Modellprojekte sollten bei vorhandenen Fachstellen zur Prävention und Intervention gegen sexualisierte Gewalt angesiedelt werden. Bei den Trägern sollten möglichst bereits einschlägige Erfahrungen in der Präventionsarbeit mit Menschen mit Behinderungen vorliegen.

In Bayern hat bisher lediglich die Fachstelle zur Prävention und Intervention bei sexualisierter Gewalt gegen Frauen und Mädchen, Wildwasser München e.V., ein Präventionsprojekt für Frauen und Männer mit geistiger Behinderung erfolgreich durchgeführt. Wildwasser bietet zudem als einzige Fachberatungsstelle auch Beratung und Traumatherapie für Frauen mit geistiger Behinderung an. Die wenigen zielgruppenspezifischen Präventions- und Interventionsangebote gegen sexualisierte Gewalt gegen Menschen mit Behinderungen in Bayern müssen weiter ausgebaut und verstetigt werden.